

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. Frithjof Schmidt, Kerstin Müller (Köln), Omid Nouripour, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Viola von Cramon-Taubadel, Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Ute Koczy, Tom Koenigs, Agnes Malczak, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung  
– Drucksachen 17/1905, 17/2171 –**

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte  
an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL)  
auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) vom 11. August 2006  
und folgender Resolutionen, zuletzt 1884 (2009) vom 27. August 2009  
des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der gewaltsame Zwischenfall vor Gaza am 31. Mai 2010 hat nicht zu einer Verschlechterung der Lage im Libanon geführt. Dazu beigetragen hat die Präsenz von UNIFIL. Der UNIFIL-Einsatz ist ein notwendiger und erfolgreicher Beitrag zum Friedensprozess im Libanon und in der Region und wird von allen Konfliktparteien, insbesondere Israel, ausdrücklich begrüßt.

Der Einsatz kann aber die weiterbestehenden Risiken einer innerlibanesischen sowie regionalen Destabilisierung nicht beseitigen. Zwar hat sich seit der Verlängerung der Mandatierung des erweiterten UNIFIL-Einsatzes 2007 die innen- und außenpolitische Situation des Libanons weiter verbessert, das Risiko eines erneuten bewaffneten Konflikts mit Israel sowie ungelöste regionale Konflikte bestehen jedoch weiter.

2. Die seit November 2009 amtierende Einheitsregierung im Libanon führt zu einem faktischen Vetorecht der an ihr beteiligten Hisbollah. Initiativen zu einer Entwaffnung der nach wie vor bestehenden Milizen außerhalb der libanesischen Armee sind von der Regierung nicht zu erwarten. Die Hisbollah darf – laut Regierungsbeschluss – ihre Waffen sogar behalten. Ihrem militärischen Arm ist es zudem gelungen, ihr Waffenarsenal auszubauen.

Gerade in den letzten Wochen haben die Spannungen zwischen Israel und der Hisbollah wieder zugenommen. Israel beschuldigt die Hisbollah mit Hilfe Syriens und des Iran ihr Waffenarsenal mit neuesten Raketen weiter erheblich aufzurüsten. Berichten zufolge verfüge sie mittlerweile über 40 000 Raketen, darunter SCUD-Raketen, die israelische Städte erreichen

könnten. Dies bedeutet eine militärische Provokation gegenüber Israel. Damit besteht nach wie vor eine erhebliche Eskalationsgefahr. Aufbauend auf einer innenpolitischen Stabilisierung, die vor allem in den im Mai 2010 erfolgreich abgehaltenen Kommunalwahlen Ausdruck findet, muss der Dialog- und Versöhnungsprozess im Libanon von der EU und Deutschland weiter aktiv unterstützt werden. Zur Unterstützung und Absicherung dieses Prozesses bleiben UNIFIL und der deutsche Beitrag hierzu weiter erforderlich.

3. Der Antrag der Bundesregierung hebt hervor, dass die UNIFIL MTF (Maritim Task Force) „die ihr zugewiesenen Aufgaben erfolgreich erfüllt“ und die Umsetzung der Resolution 1701 (2006) ein „wichtiges Element zur Vermeidung erneuter bewaffneter Auseinandersetzungen“ ist. Unerwähnt bleibt aber, dass bei den Kernforderungen der Resolution 1701 (2006) kaum Fortschritte zu verzeichnen sind. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN) äußerte sich in seinem Umsetzungsbericht vom 26. Februar 2010 besorgt über Verletzungen der Resolution. Die größte Herausforderung bleibt das Problem der ungesicherten libanesisch-syrischen Grenze und die Vorwürfe über anhaltenden Waffenschmuggel. Zudem kritisiert der Bericht die andauernden Verletzungen der libanesischen Souveränität durch Israel. Die Resolution beinhaltet die Aufforderung an die libanesischen Regierung, ihre Grenzen zu sichern. Die internationale Gemeinschaft will die libanesischen Regierung in die Lage versetzen, dies zu gewährleisten. Solange die Landgrenze nicht effektiv überwacht werden kann, bleibt der Erfolg von UNIFIL als stabilisierender Kraft unvollständig.
4. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bemühungen der libanesischen Regierung, die Sicherung der Landgrenzen zu verbessern. Mit deutscher Unterstützung wird seit 2008 ein Projekt zum integrierten Grenzmanagement an der nördlichen Landgrenze des Libanon zu Syrien implementiert. Die substantielle Verbesserung im libanesisch-syrischen Verhältnis ist besonders im Hinblick auf die Grenzsicherung bedeutend und muss von Deutschland und der EU weiter unterstützt werden. Die libanesischen Regierung bekräftigt die Absicht zur Grenzdemarkierung mit Syrien. Verzögerungen bei diesem Prozess würden den Erfolg der UNIFIL-Mission bedrohen. Daher bedarf es der Unterstützung Deutschlands und der EU auch bei den Festlegungen hinsichtlich der zeitlichen Umsetzung und der entsprechenden Finanzierung seitens der Bundesregierung sowie der internationalen Gebergemeinschaft. Die Chancen einer Einbindung Syriens auf der Grundlage konkreter Schritte der syrischen Regierung müssen genutzt werden. Das gilt auch für die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Syrien und Israel. Der weitere Erfolg der UNIFIL-Mission wird zentral von den politischen Entwicklungen im Libanon selbst und in seiner Nachbarschaft abhängen.
5. Der VN-Sicherheitsrat hat am 27. August 2009 mit Resolution 1884 (2009) die UNIFIL-Mission mit einem Mandat bis zum 31. August 2010 verlängert. Der Deutsche Bundestag befürwortet die Verlängerung der Mission durch den VN-Sicherheitsrat um ein weiteres Jahr. Deutschland muss die Möglichkeit aufrechterhalten, bei Bedarf wieder die Führung übernehmen zu können und auch die Bereitschaft dazu signalisieren.

Libanon wünscht die Fortsetzung der deutschen Beteiligung am UNIFIL-Flottenverband. Bei seinem letzten Besuch im März 2010 in Berlin warb der libanesischen Ministerpräsident Saad Hariri eindringlich dafür, das UNIFIL-Mandat zu verlängern. Libanon fürchtet den Ausstieg Deutschlands, weil sich dann ein Domino-Effekt einstellen könnte, der den Flottenverband und dann die europäische Beteiligung an den Bodentruppen betreffen würde. Die ausdrückliche Ankündigung vom Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, die Mission beenden zu wollen, setzt hier das falsche Signal.

Die Fraktion der FDP hat in der Vergangenheit die Beteiligung der Bundeswehr an UNIFIL abgelehnt. Schon die verkürzte Mandatsverlängerung im Dezember 2009 hat den Eindruck nahegelegt, aus sachfremden Motiven aus der UNIFIL-Mission aussteigen zu wollen. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die Führungsfunktion über die Dauer des Mandats gesichert ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die VN-Mission weiter zu unterstützen, damit diese ihre Aufgaben weiterhin erfüllen kann. Dies muss auch im Mandatstext unterstrichen werden;
- sich für eine konsequente Umsetzung der Ziele des VN-Mandats aus der Resolution 1701 (2006) einzusetzen, insbesondere die libanesische Regierung und die Armee bei der Ausübung ihrer Autorität im gesamten Hoheitsgebiet zu unterstützen und die israelische Regierung zur Achtung der libanesischen Souveränität zu drängen;
- den politischen Prozess zur Stabilisierung und den Dialog- und Versöhnungsprozess im Libanon zu unterstützen und so zu den Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden beizutragen;
- zur Verhinderung des Waffenschmuggels über die Landgrenzen gemeinsam mit der EU einen relevanten Beitrag für die Fortsetzung und Ausweitung der Grenzkontrollen verbindlich zuzusagen, dafür eine umfassende Strategie zu entwerfen und einen breit angelegten Finanzierungsrahmen sowie eine funktionierende Geberkoordinierung sicherzustellen;
- regelmäßig den Fraktionen des Deutschen Bundestages über den Fortgang des Grenzprojektes als wichtige Voraussetzung zur Schaffung einer effektiven Grenzsicherheit im Libanon zu berichten;
- die weitere Verbesserung im syrisch-libanesischen Verhältnis aktiv zu unterstützen und im Rahmen der Vereinten Nationen eine Demarkation der Grenze und eine Lösung der Shebaa-Frage zu befördern;
- die indirekten Verhandlungen zwischen Israel und Syrien über die Rückgabe des Golans und bilaterale Sicherheitsfragen zu unterstützen.

Berlin, den 15. Juni 2010

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**

